

kontakt

SPD Garching

39. Jahrgang
September 2009

am 27. September
Ihre Stimme:

für
Ingrid Lenz-Aktaş
Unsere Bundestagskandidatin
des Landkreises München



Es ist Wahlkampf – und alle reden über Ullas Dienstwagen

Natürlich kann man über den Gebrauch des Dienstwagens durch Ulla Schmidt im Urlaub diskutieren. Mich ärgert daran nur, dass die Diskussion tagelang die Zeitungen füllte. Anstatt sich mit Sachthemen der kommenden Bundestagswahl zu beschäftigen, berichtete die Presse minutiös über die Interpretation von Dienstwagenrichtlinien und die Hasstiraden von Ärzte- und Pharmafunktionären.

Aber auch unsere eigene Wahrnehmung von Politik sollten wir überprüfen. Erliegen wir nicht zu oft der Versuchung, über Personen zu diskutieren, anstatt uns über die Inhalte der Politik zu verständigen? Jetzt stehen die Wahlen für den nächsten Deutschen Bundestag an. Lassen Sie uns besser über die entscheidenden Sachthemen reden, für Ullas Dienstwagen ist auch nächstes Jahr im Sommerloch noch Zeit!

Was also will die SPD? Zuallererst sind wir der Meinung, dass die herrschende Krise keine vorübergehende Schwäche ist. Wir können nicht davon ausgehen, dass wir nach einigen kleinen Reparaturen so weiter machen können wie bisher. Die letzten Jahre haben uns gezeigt, dass ungezügelter Kapitalismus und

hemmungslose Profitgier unser Wirtschaftssystem an den Abgrund gebracht haben. Die SPD plädiert deshalb aber nicht für „mehr Staat“, sondern für einen handlungsfähigen Staat, der Regeln für eine solidarische Gesellschaft auch durchsetzen kann.

Blättern Sie um, um das Programm in Kurzform zu lesen. Wenn Sie zustimmen, dann wählen Sie uns, wenn Sie anderer Meinung sind, dann diskutieren Sie mit uns. Aber auf jeden Fall: Bitte gehen Sie zur Wahl!

Mit freundlichen Grüßen
Götz Braun,
Vorsitzender der SPD Garching

TERMINE

- 08. September 2009
18 Uhr, Pflegeheim, Mühlfeldweg
Die NEUE Patientenverfügung mit P.P. Gantzer Vizepräsident des Bayerischen Landtages und Ingrid Lenz-Aktaş
- 18. September 2009
16 Uhr, im Römerhof
Wiesnbierprobe
Wiesnbier und bayerische Schmankerl erwarten Euch!
- 26. September 2009
Fußgängerzone
Infostand der SPD
- 16. Oktober 2009
Einsendeschluss YouTube Schülerwettbewerb
361 Grad Toleranz
mehr auf Seite 7

EXTERNE TERMINE:

- 13. September 2009
Ismaning
Historischer Festzug
mit dabei: SPD Ismaning
- 20. September 2009
Treffpunkt 9:30 Uhr
Parkplatz Spitzingsattel
Mit Links bergauf!
leichte Bodenschneidwanderung mit Klaus Barthel, MdB
Infos: www.spdimoberland.de

Besuchen Sie uns auf der neuen webseite:
www.spd-garching.org

www.spd-garching.org

Das Wahlprogramm der SPD hat sieben Schwerpunkte:

■ 1. Faire Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne

Wir brauchen starke Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dazu gehören Kündigungsschutz, starke Gewerkschaften und Betriebsräte, und dazu gehört auch ein gesetzlicher Mindestlohn. Wir setzen uns für die Tarifautonomie ein. Sie ist der beste Weg zu guten Löhnen! Wir helfen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Familien, indem wir den Eingangssteuersatz von 14 auf 10 Prozent absenken.

Wir wollen die Arbeitslosenversicherung weiterentwickeln zur modernen Arbeitsversicherung. Mit der neuen Arbeitsversicherung bieten wir zusätzlich Weiterbildungsmaßnahmen und einen besseren Schutz vor Arbeitslosigkeit. Beim Arbeitslosengeld II werden wir die Regelsätze regelmäßig überprüfen und gegebenenfalls erhöhen. Vermögen, das im Alter für eine monatliche Rente dient, werden wir nicht auf das ALG II anrechnen. Denn Arbeitslosigkeit darf nicht zu Armut im Alter führen. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die besonderen Belastungen ausgesetzt sind, wollen wir flexible Übergänge aus der Arbeit in die Rente ermöglichen.

■ 2. Erstklassige Bildung für alle

Wir fördern alle, die ihren Schulabschluss nachholen möchten. Zusätzlich führen wir eine Berufsbildungsgarantie ein, für alle, die über 20 sind und weder Abitur noch Berufsabschluss haben. Der Grundstein für Bildung wird schon im Kindesalter gelegt. Dazu wollen wir flächendeckend Ganztagschulen einführen. Alle sollen gleiche Bildungschancen haben. Deshalb werden wir das BAföG ausweiten, so dass der Staat Schüler und Studenten besser unterstützt.

■ 3. Klimaschutz durch Erneuerbare Energien, ohne Atomkraft

Wir müssen weg vom Öl und hin zu den Erneuerbaren Energien! Damit machen wir Deutschland unabhängiger und schaffen zukunftssichere Jobs. Wir müssen mit unseren natürlichen Ressourcen schonend umgehen, Energie einsparen und Erneuerbare Energie fördern. Wir werden den Atomausstieg konsequent umsetzen. Wir wollen Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern. Und wir wollen die Energie, die wir erzeugen, effektiver einsetzen. Dazu gehört auch die Automobilindustrie. Das Auto der Zukunft wird mit neuer Technik weniger Energie verbrauchen. Wir wollen, dass es in Deutschland entwickelt wird und flächendeckend zum Einsatz kommt.

■ 4. Unterstützung von Familien mit Kindern

Wir wollen in den kommenden Jahren ein Recht auf Ganztagsbetreuung schon für Kleinkinder einführen. Wir werden die Qualität der Kindertagesstätten verbessern und sie zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen, in denen Eltern Hilfe und Beratung erhalten. Das hilft auch Alleinerziehenden. Langfristig sollen die Kitas komplett gebührenfrei werden. Wir unterstützen Familien und erhöhen den Kinderfreibetrag ab Januar 2010 um 200 Euro.

Das Elterngeld, eine Erfindung der SPD, werden wir weiter ausbauen. Für die Eltern erhöhen wir die Zahl der Partnermonate dann von zwei auf vier. Und wir erweitern den Anspruch auf Elterngeld bei Teilzeitbeschäftigung von sieben auf sechzehn Monate.

■ 5. Echte Gleichstellung für Frauen

Wir werden mit verbindlichen Regelungen dafür sorgen, dass gleiche Löhne für gleiche Arbeit gezahlt werden. Und wir werden den Frauenanteil in Führungspositionen deutlich erhöhen. Zukünftig sollen in jedem Aufsichtsrat mindestens 40 Prozent der Sitze mit Frauen besetzt werden. Wir werden das Ehegattensplitting so verändern, dass sich Arbeit für beide Partner stärker lohnt! Und wir werden dafür sorgen, dass Teilzeitbeschäftigung nicht in eine Sackgasse führt.

■ 6. Ein Deutschland für alle – Vielfalt statt Einfalt

Damit schon zu Schulbeginn kein Kind benachteiligt ist, wollen wir eine verbindliche Sprachförderung einführen, die schon vor der Schule einsetzt. Den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit wollen wir erleichtern, und wir akzeptieren eine doppelte Staatsbürgerschaft. Teilhabe in einer Demokratie heißt auch, dass man wählen darf. Deshalb werden wir auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger das kommunale Wahlrecht durchsetzen, wenn sie seit über sechs Jahren in Deutschland leben.

Auch Menschen mit einer Behinderung brauchen eine bessere gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen weiter an einer Gesellschaft arbeiten, in der alle frei und gleichwertig sind. Dazu brauchen wir eine neue Kultur der Anerkennung. Diskriminierung hat bei uns keinen Platz.

■ 7. Eine menschliche Gesellschaft

Wir wollen einen fairen Wettbewerb um bessere Ideen und Produkte und kein Wettrennen zu immer niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen. Einkommen und Vermögen müssen gerecht verteilt werden. Das ist nicht nur sozial geboten, das ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll.

Steueroasen müssen wir konsequent trockenlegen und Steuerhinterziehung bekämpfen. Mit strengen Regeln an den Finanzmärkten werden wir verhindern, dass wieder mit der Zukunft der Menschen Glücksspiel betrieben wird. Dazu gehört auch eine Börsenumsatzsteuer.

Besonders die Zukunftsbranchen, zum Beispiel in den Neuen Energien, werden wir stärken. Mit innovativer Forschung und klugem Unternehmertum bleibt Deutschland erfolgreich.

Wir wollen keine Zwei-Klassen-Medizin. Mit der Bürgerversicherung führen wir ein solidarisches System für alle Bürgerinnen und Bürger ein. So zahlt jeder einen Beitrag, der seinem Einkommen angemessen ist, und alle profitieren von einer besseren Versorgung.



www.lenz-aktas.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Bundestagswahl steht vor der Tür und von den Plakawänden lächeln Sie wieder Kandidatinnen und Kandidaten an. Sie interessieren sich aber viel mehr dafür, was die Einzelnen schon geleistet haben? Hier erfahren Sie, was ich in den letzten Jahren getan habe, um mein großes politisches Ziel umzusetzen:

Als **Kreisrätin** kümmere ich mich seit Jahren darum, dass es sich im Landkreis München gut leben lässt. Damit wir als Kreis auf der Höhe der Zeit bleiben, habe ich schon in den 1990er Jahren begonnen, das **Thema Energie** auch zum **Kreisthema** zu machen. Mir war und ist wichtig, dass unser Landkreis als Vorbild für die Kommunen handelt. Deshalb habe ich nicht nur beantragt – und durchgesetzt –, dass der Landkreis ein sogenanntes Öko-Audit beauftragt, sondern vor mittlerweile fast 10 Jahren, als das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) der rot-grünen Bundesregierung in Kraft trat, auch eine Reihe von Veranstaltungen ins Leben gerufen, die verschiedene Einzelaspekte des Themas Energie beleuchteten. Als sich dann einige benachbarte Landkreise in Richtung energetische Unabhängigkeit aufgemacht haben, habe ich in unserem Landkreis für das selbe Ziel geworben und die **erste Energiekonferenz des Landkreises** vorbereitet. Sie hat dann zur „Energievision“ geführt, die einstimmig vom Kreistag beschlossen wurde. Ihr Inhalt: bis 2050 60 Prozent der verbrauchten Energie einsparen und die restlichen 40 Prozent komplett durch erneuerbare Energien abdecken. Die meisten Gemeinden und Städte im Kreis haben dieses Ziel für sich übernommen.

Diese Energiewende weg von den zur Neige gehenden fossilen Energieträgern Öl, Gas, Kohle und Uran hin zu den CO₂-vermeidenden erneuerbaren Energien Sonne, Wind, Biomasse und Erdwärme wird mit jedem Tag wichtiger. Der Klimawandel ist da, die meisten neuen Arbeitsplätze werden in den

Ingrid Lenz-Aktaş Unsere Bundestagskandidatin

Umwelttechnologien geschaffen, im Gegensatz zu den allermeisten anderen Branchen boomt dieser Industriezweig.

Und auch im Landkreis tut sich viel: Geothermiebohrungen allerorten, Biomassekraftwerke, Photovoltaik- und Solarthermianlagen auf immer mehr Dächern.

Doch an den Strukturen der Energieversorgung hat sich bisher erst wenig geändert, noch teilen sich in Deutschland vier große Energieversorger den Markt: Eon, EnBW, RWE und Vattenfall. Sie investieren zwar zunehmend in erneuerbare Energien, wollen die zentralen Versorgungsstrukturen aber beibehalten. Genau das will ich nicht! **Ich sehe in der dezentralen Energieversorgung mit immer mehr Kombikraftwerken, die verschiedene kleine Solar-, Wind- und Biomassekraftwerke zusammenschalten, die Zukunft.** Was liegt also näher, als sich dafür auf der zuständigen politischen Ebene zu engagieren? Ich habe das für mich Naheliegende getan und bewerbe mich darum, meine Vision der Energie der Zukunft aus dem Landkreis nach Berlin zu tragen und dort mit dafür zu kämpfen, dass es keinen Ausstieg vom Atomausstieg gibt. Denn das wäre gleichbedeutend mit der Verzögerung der Energiewende, es würde die boomenden Märkte der Zukunft behindern und die gegenwärtigen Monopolstrukturen stärken. **Ich hingegen will kleine Einheiten, dezentrale Entscheidungen und die Stärkung zukunftsfähiger, nachhaltiger Strukturen.**

Wenn Sie mir dabei helfen wollen, dann geben Sie mir bitte am **27. September Ihre Stimme!**

Herzlichst,
Ihre Ingrid Lenz-Aktaş



Solidarität mit den Erzieherinnen – Mehr Geld für die Zukunft unserer Kinder

■ Rechtzeitig zum Ferienbeginn wurde gedroht: Im Herbst werden die Gebühren bei den kommunalen Kindertagesstätten steigen. Auch in Garching steht das für die vier kommunalen Kindergärten in Aussicht. Gerade erst wurde hier mit einer CSU-geführten Mehrheit im Stadtrat die Sozialstaffelung abgeschafft, eine Gebührenerhöhung wird also alle gleichermaßen treffen. Auf den ersten Blick ist der Schuldige schnell ausgemacht: Das über Monate immer wieder streikende Erziehungspersonal hat einen Abschluss erzwungen, den die kommunalen Arbeitgeber sich nicht leisten können. Deshalb müssen jetzt eben die Eltern die Rechnung bezahlen. Dass es in Wahrheit eine gesamtgesellschaftliche und damit politische Aufgabe ist, für eine angemessene budgetäre und personelle Ausstattung der Tagesstätten zu sorgen, fällt dabei unter den Tisch.



Ulrike Haerendel, Vorsitzende der ASF

Das Bundesfamilienministerium unter CDU-Ministerin Ursula von der Leyen verspricht uns eine Zukunft in hellen Farben, in der berufstätige Eltern einen von 750 000 neuen Kinderbetreuungsplätzen in Anspruch nehmen können. Woher sie allerdings das Personal für diese Plätze bekommen möchte, bleibt ihr Berufsgeheimnis. Schon jetzt können die Fachschulen nicht genügend Absolventinnen bereitstellen. Man sucht bereits nach Auswegen etwa durch die Ausbildung von mehr Tagesmüttern. Aber dass diese mit 160 Stunden „Grund-Qualifikation“ geeignet sind, dem seit Jahren beklagten Zurückbleiben Deutschlands in der frühkindlichen Bildung abzuwehren, darf man wohl bezweifeln. Und dass auf einmal männliche Anwärter in heller Schar in die Erziehungsberufe strömen mit der Aussicht, nunmehr - nach den Teilerfolgen in den Streiks – statt 2130 Euro im Monat 2240 Euro (brutto!) auf dem Gehaltszettel zu lesen, ist ebenfalls kaum anzunehmen. Es bliebe noch der jetzt vielfach gepriesene akademische Weg in den Erziehungsberuf, das heißt etwa über einen pädagogischen Bachelor-Studiengang. Wer aber eine akademische Laufbahn erfolgreich absolviert, wird sich kaum auf die wörtlich zu nehmenden Niederungen von Kindergartenstühlchen begeben, sondern an „höherer Stelle“, also z.B. als Fachberaterin oder Dozent, arbeiten wollen.

In Deutschland müssen wir alle umlernen was die frühkindliche Erziehung und Bildung angeht. Dieser Bereich verdient in hohem Maße unsere Wertschätzung und er verdient unsere Steuergelder. Die Erzieherinnen sind zu Recht auf die Straße gegangen, um uns auf ihre Lage hinzuweisen und unsere Solidarität einzufordern. Die sollte aber nicht darin bestehen, dass wir jetzt höhere Gebühren bezahlen, sondern dass wir politisch für

einen höheren Stellenwert und eine bessere Ausstattung des Bildungsbereichs kämpfen. Und auch deshalb ist es völlig richtig, dass SPD-Chef Franz Müntefering die von der CSU pauschal versprochenen Steuersenkungen als „leichtfertig und unverantwortlich“ demaskiert hat. Sie passen nicht in die Zeit. Die Wirtschaftskrise kostet den Staat ungeheure Summen. Man nehme als Beispiel nur die Hypo Real Estate: Zuerst wurde sie mit Milliardenhilfen gerettet und jetzt könnte dem Bund als neuem Eigentümer drohen, für Schadenersatzforderungen der Aktionäre aufkommen zu müssen. Als Steuerzahlerin ärgert mich das; Steuern für die Ausbildung und Bezahlung der Erziehungsberufe und damit für die Zukunft unserer Kinder bezahle ich gerne.

Ulrike Haerendel
Vorsitzende der ASF Garching

■ BILDUNG

Schulreform: ja – aber Mittelschule? Ist die Mittelschule wirklich neu?

■ Als Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle im Juni sein Konzept für die Umwandlung der bayerischen Hauptschulen in Mittelschulen vorstellte, betonte er ausdrücklich, nicht nur ein „Türschild“ verändern zu wollen. Tatsächlich machen die geringe gesellschaftliche Anerkennung, der hohe Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund, die mangelnde Leistungsbereitschaft, die häufig schlecht ausgebildeten sozialen Fähigkeiten und Umformungsformen und die geringe Unterstützung der Schüler durch ihre Eltern eine Reform notwendig.

Aber kann das Modell der Mittelschule dies wirklich alles auffangen?

Die Eckpunkte der Reform sehen folgendermaßen aus:

- Angebote für Schüler verschiedener Leistungsstufen: Regelklassen, Praxisklassen und M-Klassen (Mittlere-Reife-Klassen) in Jahrgangsstufe 9 und 10
- Offene und gebundene Ganztagsklassen
- Modulare Förderung in Jahrgangsstufe 5 und 6 in Deutsch, Mathe und Englisch
- Zusätzliche Förderung in den Klassen 7 und 8 in Deutsch, Mathe und Englisch
- Soziales Lernen
- Umgestaltung des Handlungsfeldes: *Arbeit – Wirtschaft – Technik* (AWT)
- Patensysteme
- Zusammenarbeit mit Berufsschulen und der Arbeitsagentur
- Kooperation mit Realschulen und Wirtschaftsschulen

■ BILDUNG

- Förderstunde in Jahrgangsstufe 5 und 6
- Klassenstärken von max. 25 bei mehr als 50% Migrantenanteil

Ziel dieser Reform ist es, laut Spaenle, mit den neuen Mittelschulen weitaus mehr Schülern zu einem mittleren Abschluss „auf Realschulniveau“ zu verhelfen.

Und wie verhält sich diese „Reform“ zur jetzigen Situation?

Bereits seit vielen Jahren hat jeder Schüler die Möglichkeit eine Praxisklasse oder einen M-Zweig zu besuchen, auch wenn nicht jede Schule das anbieten kann. Keine Gemeinde wird sich aber querstellen, wenn ein Schüler die Angebote der Nachbargemeinden annehmen will.

Der Ausbau der gebundenen Ganztagsklassen läuft seit einigen Jahren. Offene Ganztagsangebote verschiedener Träger gibt es an vielen Schulen schon sehr lange.

Die modulare Förderung greift das frühere dreigliedrige Kursystem wieder auf. Das Klassenlehrerprinzip soll laut Spaenle beibehalten werden. Aber wie soll das gehen, wenn die Kinder in getrennten leistungsbezogenen Kursen in allen drei Hauptfächern unterrichtet werden?

Die zusätzliche Förderung in Klasse 7 und 8 gab es jetzt bereits in Klasse 8 und 9 unter dem Titel Sprachlernklasse für Schüler mit Migrationshintergrund und Sprachschwierigkeiten.

Die Sozialkompetenz und das Selbstwertgefühl zu stärken, ist seit vielen Jahren Anliegen der Hauptschulen und wird mit verschiedenen erprobten Programmen seit Jahren durchgeführt.

Der Bereich Arbeit-Wirtschaft-Technik (AWT), der die praktischen Fächer der Hauptschule umfasst, bekommt ein neues Stundenprofil und jedes der Fächer einen neuen Namen. Die Umorganisation in der Stundentafel und die vermehrten Praktika in den Jahrgangsstufen 7-9 wurde bereits von etlichen Schulen eingeführt. Der neue Praxistag, an dem die Schüler neben ihrem gewählten praktischen Fach den theoretischen Unterricht in AWT haben, wird auch für Betriebsbesichtigungen genutzt. Betriebsbesichtigungen sind seit Jahren wichtiger Bestandteil des Berufsfindungsprozesses ab der 7. Klasse.

Patensysteme, bei denen Externe die Schüler der 8. und 9. Klassen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz unterstützen sollen, sind schon an vielen Schulen eingeführt und laufen bereits erfolgreich.

In welcher Form die künftige Mittelschule mit Berufsschulen, Realschulen und Wirtschaftsschulen zusammenarbeiten soll, ist keiner Veröffentlichung zu entnehmen. Berufsschulen in Ballungsräumen werden dann auch eine enorme Anzahl an Kooperationspartnern haben.

Die Förderstunden in den Klassen 5 und 6 nehmen lediglich die Stundenkürzungen aus den vergangenen Jahren wieder zurück.

Neu wäre allerdings die Begrenzung der Klassenstärke auf 25 Schüler bei einem Ausländeranteil von über 50 %.

Kaum etwas ist also wirklich neu an diesem heilsversprechenden, in einer großen Aktion in der Allianzarena aus der Taufe gehobenen Konzept der Bayerischen Mittelschule. Dafür bleiben etliche Fragen offen:

Wo kommen die Lehrer her, die die Förderstunden halten sollen, die den Ganztagsunterricht übernehmen, die Dreiteilung bei der modularen Förderung ermöglichen?

Die Modularisierung und andere Teile der Reform können nicht kostenneutral vonstatten gehen. Wer wird sie bezahlen?

SPD-Bildungsexperten haben bereits darauf hingewiesen, dass kleinere Hauptschulstandorte, die die Leistungen einer Mittelschule nicht erbringen können, ganz absterben werden und die wohnortnahe Versorgung immer schlechter wird.

Diesem Argument begegnet Spaenle mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, Verbundschulen zu bilden. Aber die in Aussicht gestellte Erhaltung der Eigenständigkeit der Schulen bei gleichzeitigem Zusammenschluss im Verbund wird den Verwaltungsaufwand ganz erheblich mehr.

Ein weit erhöhter Verwaltungsaufwand verschwendet die Ressourcen der Lehrer und Schulleiter. Verbundschulen sollen mehrere Schulstandorte, aber eine gemeinsame Zuteilung von Lehrern haben, d.h. Lehrer müssen in verschiedenen Schulhäusern unterrichten. Dabei fallen natürlich auch Fahrzeiten an und enorme Schwierigkeiten beim Stundenplan.

Was bleibt also übrig?

Die groß angekündigten neuen Inhalte gibt es zum Teil schon seit vielen Jahren.

Spaenle kalkuliert mit Lehrerstunden, die er gar nicht hat und aufgrund des chronischen Lehrermangels in Bayern auch in nächster Zeit nicht bekommen wird.

Zusätzlicher Verwaltungsaufwand für Schulen und Gemeinden fällt an. Ob es jedoch wirklich gelingt, die Probleme der Hauptschule an den Wurzeln zu packen, bleibt mehr als zweifelhaft.

■ UNSER VERBRAUCHERTIPP

Schultüte oder Zuckertüte?

Aufgrund des reichlichen Süßigkeiteninhaltes der Schultüten werden sie landläufig auch Zuckertüten genannt. Dagegen gibt es leckere und nützliche Alternativen: Studentenfutter, Reiskracker, Russisches Brot in Buchstabenform

sowie Zahnpflegekaugummies. Ebensoviele Freude bereiten: Trinkflaschen und Brotboxen mit schönen Motiven, ein persönliches Buch „Mein Schulanfang“, ein kleiner Regenschirm, Lichtrefektoren, Springseil oder ein Gutschein für einen Familienausflug (Kino/Zoo).

SPD macht Vereins-Ehrenämter attraktiver – Vereinsvorstände werden entlastet

■ Ehrenamtliche Vereinsvorstände sahen sich bislang unkalkulierbaren Haftungsrisiken ausgesetzt, was vielfach von der Übernahme eines Vorstandsamtes abgeschreckt hat. Die SPD hat das Ehrenamt und damit die Übernahme von Verantwortung im Verein attraktiver gemacht und dafür gesorgt, dass diese Risiken kalkulierbar und begrenzt werden. Ehrenamtlich tätige Vereinsvorstände haften dem Verein nur noch in solchen Fällen, bei denen Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit vorliegt. Außerdem wird jetzt sichergestellt, dass von der neuen Regelung auch solche Vereinsvorstände profitieren, die für ihr Ehrenamt eine Aufwandspauschale erhalten. Die geltende Rechtslage sichert somit sämtlichen Vorstandsmitgliedern ein hohes Schutzniveau.

Auf mehr Rechtssicherheit für die Vereine zielt auch das vor kurzem verabschiedete Gesetz zur elektronischen Anmeldung zum Vereinsregister. Ab sofort soll es Vereinen möglich gemacht werden, alle Anmeldungen zum Vereinsregister in elektronischer oder alternativ in Papierform zu machen.

Mit den neuen Gesetzen stärkt die SPD das bürgerschaftliche Engagement, denn der größte Teil bürgerschaftlichen Engagements findet in den über 550.000 Vereinen in Deutschland statt. Ob lokaler Sport- oder international arbeitender Menschenrechtsverein, ob Förderverein der Schule, die von den eigenen Kindern besucht wird, oder der Ortsverein eines Wohlfahrtsverbandes: Vereine bilden die Infrastruktur des bürgerschaftlichen Engagements. Bürgerschaftlich Engagierte, die bereit sind, in einem Verein die Position eines ehrenamtlichen Vereinsvorstandes und damit Verantwortung zu übernehmen, wirken Tag für Tag daran mit, diese breitgefächerte Vereinslandschaft am Leben zu erhalten.

Nach der Verbesserung des Unfallversicherungsschutzes im Engagement, dem Jugendfreiwilligendienstgesetz, der Reform des Spenden- und Gemeinnützigkeitsrechts mit der Reform „Hilfen für Helfer“ – um nur die wichtigsten zu nennen – stellen diese neuen Regelungen der Haftungsbegrenzung und der Vereinfachung der Anmeldung zum Vereinsregister weitere Bausteine zur Verbesserung der Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements dar. Denn: Die Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft müssen ermöglichen und fördern, nicht verhindern.

Um den Vereinen vor Ort ihre Arbeit weiter zu erleichtern, hat das Bundesministerium der Justiz (<http://www.bmj.bund.de>) auf den Seiten des eigenen Internetauftrittes einen Leitfaden zum Vereinsrecht online gestellt.

Solidarität und Soziale Sicherung gehören zusammen

■ Vor einigen Wochen erhielt ich folgende Frage: »Wie hoch ist der Tariflohn für einen Maurer?«

Meine Gegenfrage: »Warum wollen Sie das wissen? Sie sind kein Gewerkschaftsmitglied, deswegen müssen Sie ihren Lohn selbst aushandeln. Der Tariflohn gilt Kraft Gesetz nur, wenn Sie in der Gewerkschaft sind und ihr Arbeitgeber in seinem Verband organisiert ist.«

Antwort: »Es geht um meinen Bruder. Er war als Maurermeister über 30 Jahre selbstständig. Die Baukrise hat ihn geschafft. Er musste Insolvenz anmelden. Seine Altersvorsorge in Immobilien setzte er ein, um seine Schulden zu bezahlen. Jetzt muss er mit 58 Jahren einen Job annehmen und dafür braucht er den Tariflohn.«

Pech gehabt? – Das wäre zu einfach.

Für mich dokumentiert dieser Dialog zweierlei:

1. Es gibt immer noch Menschen, die für das, was sie tun, in aller Konsequenz gerade stehen.
2. „Jeder ist seines Glückes Schmied“ kann gut gehen, muss es aber nicht (die steigende Zahl der Privatinsolvenzen sind ein besorgniserregendes Zeichen).

Die Konsequenzen:

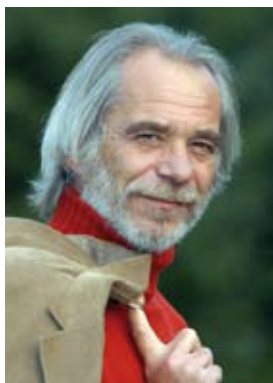
Das Leben eines jeden Einzelnen kann unvorhergesehene Wege nehmen. Deswegen darf er/sie nicht ins Bodenlose fallen. Wir brauchen solidarische Sicherungssysteme, in denen alle ihrer finanziellen Situation angemessen ihren Beitrag leisten, um im Bedarfsfall gesichert zu sein.

Wie ist die Realität?

Ob in der Arbeitslosen-, der Kranken- oder Rentenversicherung, ab einer bestimmten Höhe bleiben die Einkünfte beitragsfrei. Selbstständige, Freiberufler, Politiker beteiligen sich überhaupt nicht, obwohl auch sie Bürger dieses Staates sind – die Versicherungswirtschaft freut sich natürlich. Da kann auch die Bürgerversicherung drohend donnern. Man ist ja nicht betroffen: „Hauptsache mir geht es gut, die anderen sollen schauen, wo sie bleiben.“

Übrigens: der Tariflohn für einen gelernten Maurer beträgt zur Zeit 15,84 €, der Mindestlohn am Bau 10,80 € (Lohngruppe 1) bzw. 12,90 € (Lohngruppe 2).

Walter Kießling
Gewerkschaftssekretär der IG BAU



Walter Kießling

Potentiale

■ Aber, aber liebe sogenannte „Unabhängigen Garching“. Warum denn nur immer so grantig auf die Garching Sozialdemokraten?

Warum freuen Sie sich denn nicht darüber, nun mit Herrn Riedl einen 2. und 3. Bürgermeister in Personalunion zu stellen, welcher im Gegensatz zu seinen Vorgängern jeden Monatsersten deutlich mehr Gehalt bezieht als die anderen Bürgermeister-Stellvertreter in den Städten und Gemeinden unseres Landkreises und sogar noch mehr als der stellvertretende Landrat (CSU) des Landkreises München mit zwanzigmal so vielen Einwohnern und viel umfangreicheren Aufgabengebieten?

Die SPD ist nicht schuld daran, dass der stellvertretende Bürgermeister nun offenbar zu viel Freizeit hat bzw. sich diese nehmen kann und nicht sinnvoll verwendet (Tipp: radln, schwimmen, Seele baumeln lassen, gut essen – Herr Riedl kocht doch so gerne), sondern leider immer so gehässig ratschlagen muss, statt produktive Ratschläge zu erteilen.

Dem Niveau einer Universitätsstadt im Allgemeinen sowie eines Realschulrektors im Besonderen entspricht dies jedenfalls nicht.

Es war vor allem Ihr Wunsch, statt der bewährten Praxis mit zwei Stellvertretern nur noch einen weiteren Bürgermeister zu bestellen, den Sie schließlich mit einer „neuen Mehrheit“ – also ganz und gar nicht unabhängig, sondern abhängig vor allem von der CSU – durchgesetzt und mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden besetzt haben. Von mehr Bürgernähe und effizienterer Aufgabenerledigung seither kann bisher leider nicht die Rede sein, im Gegenteil, ein neuer Büroleiter – ebenfalls erklecklich besoldet, etwa wie ein Gymnasiallehrer nach Jahrzehnten im Schuldienst – wurde nun auf Kosten des Steuerzahlers installiert, damit die erste Bürgermeisterin von lästigen Aufgaben im Rathaus, für die sie von den Garchingern gewählt wurde, befreit wird.

Warum wird das nunmehr immense Potential finanzieller und zeitlicher Art in der Hand des Zweiten Bürgermeisters denn nicht dafür verwendet, um unsere Heimatstadt voranzubringen, sondern vor allem dazu, um politische Gegner, in erster Linie die Garching Sozialdemokraten, zu bekriegen?

Gute und ökonomisch sinnvolle Verwaltungsarbeit sieht anders aus, es ist mit Sicherheit nur eine Frage der Zeit, bis dies auch der Garching Bürger merkt.

Werner Landmann
Stadt- und Kreisrat



„Riedl taucht in seinem Jauchefass nach neuen Ideen für den nächsten Rundumschlag.“

Schülerwettbewerb 361 Grad Toleranz



Macht mit und setzt ein Zeichen gegen Rechtsextreme, die das Internet intensiv zur Verbreitung fremdenfeindlicher Inhalte nutzen! Die Video-Plattform YouTube hat den Schülerwettbewerb „361 Grad Toleranz“ ins Leben gerufen – eine Initiative, die Schülerinnen und Schüler ab 13 Jahren animieren soll, Videos gegen Rechts, gegen Intoleranz und für ein besseres Miteinander zu drehen



In den Kategorien „Reportage“, „Musikvideo“ und „Kurzfilm“ könnt Ihr die Videos bis zum 16. Oktober 09 auf den YouTube-Channel www.youtube.de/361grad veröffentlichen.

Gefragt sind dabei Kreativität und eine eigene Herangehensweise an das Thema. Ihr müßt keine Profis sein, Eure Idee zählt! Eine einfache Handy-Kamera kann schon ausreichen.

Die kreativsten und besten Filme werden von einer Jury ausgewählt und prämiert.

Als Preise winken ein Live-Konzert der Band „SILBERMOND“ auf dem Schulgelände, Workshops mit den prominenten Paten der Aktion sowie professionelle Videokameras.



Alle Infos und Teilnahmebedingungen findet Ihr unter: www.youtube.de/361grad

Mehr Hintergrundwissen:
<http://www.vorwaerts.de/trackback/8307>

Viel Spaß und Erfolg wünscht Euch
Sara Hoffmann-Cumani

■ VERANSTALTUNGSTIPP – BITTE VORMERKEN!

Mädchen machen Technik

Ferienprogramm vom 2.-6.11.09 Bayer. Hochschulen & Forschungseinrichtungen in Garching für 10-16 jährige Schülerinnen: entdeckt, wie spannend und herausfordernd Naturwissenschaft und Technik, die Welt der Computer, der Diamanten, Reagenzgläser und Zellen, des Wetters oder des Internets ist. 30 Projekte erwarten Euch! Ansprechpartner: Renate Schneider, schneiderre@zv.tum.de

Streicht die Studiengebühren – 500 € halten vom Studieren ab!

■ Nach dem Abi einfach studieren? So einfach geht das nicht, besonders im teuren München und Garching. Seit 2007 zahlen Studenten im Semester durchschnittlich 500 Euro Studiengebühren, neben den monatlichen Belastungen wie der Wohnungsmiete (WG-Zimmer in Garching zwischen 350 und 400 Euro, Studentenheim zwischen 238 und 262 Euro mit Wartezeiten von momentan 2-4 Semester), den Lebensunterhaltskosten, den Fahrtkosten, den erforderlichen Büchern und Materialien für das Studium.

Zum Studium sind Praktika einerseits unabdingbar für die Qualifikation, andererseits werden Studenten immer häufiger als gute und günstige Arbeitskräfte ausgebeutet.

Deshalb gehen viele Studenten Nebenjobs nach, wobei die Leistung im Studium durch die erhöhte Arbeitsbelastung leidet und sich die Studienzzeit verlängert.

Diese finanziellen Hürden schrecken besonders Migranten- und Arbeiterkinder trotz guter Noten ab, sodass sie sich gegen eine Hochschulausbildung entscheiden. Wir dürfen diese Talente nicht zurücklassen und den Geldbeutel der Eltern entscheiden lassen!

Lebenslanges Lernen

Die letzten Jahre haben uns darüber hinaus gezeigt, dass eine lebenslange, sichere und adäquat bezahlte Arbeitsstelle rar geworden ist. Demgegenüber wird das lebenslange Lernen propagiert, das sicher erstrebenswert, aber für viele kaum finanzierbar ist. Besonders hart trifft es Arbeitnehmer aus kleinen Unternehmen ohne Weiterbildungsmaßnahmen, Quereinsteiger, Selbständige und Eltern als Wiedereinsteiger.

Bildung ist die sicherste Zukunft!

Bildung ist entscheidend für ein selbstständiges und erfolgreiches Leben. Uns muss diese gute Bildung mehr wert sein, deshalb will die SPD den Spitzensteuersatz von 45 auf 47 Prozent erhöhen und die gewonnenen 2 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung investieren.

Sara Hoffmann-Cumani

immer aktuell:

www.spd-garching.org

Impressum:

Ihr direkter Draht zum
SPD-Ortsverein:
Götz Braun
089/326 21 30

Ihr direkter Draht zur
SPD-Fraktion:
Dietmar Gruchmann
089/320 78 87

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Garching
Vorsitzender:
Götz Braun, Brunnenweg 23,
85748 Garching
Redaktion:
Geschäftsführender Vorstand
Ulrike Haerendel und
Sara Hoffmann-Cumani
Druck: 5.000 Exemplare
Druckerei: flyeralarm.com



SPD Stadträte radeln nach Radeberg (4.-8. August 2009)



»Bierfassrollen«

»Endlich Ferien« Familienfest am 1. August 2009



»Endlich Ferien« Familienfest

»Münchner Frauen in der Nachkriegszeit«
Vortrag von Ulrike Haerendel



Juso-Kampagnen zur Europawahl 2009

